

Dr. Grazyna Firlit-Fesnak (Soziologin der Universität Warschau)

**„Polnische Frauen in der Transformation – Chancen und Barrieren 1992-2002“
(Vortrag 24.11.2002)**

Die Analyse gesellschaftlicher Strukturen und staatlicher Politik, die die unterschiedliche Stellung von Frauen und Männern einbezieht, stellt in Polen eine neue Forschungsperspektive dar. Die Transformationsperiode enthüllte nämlich die tatsächliche Stellung der Frauen und die Schwäche der rechtlichen Gleichstellungsgarantien kam ans Licht. Die ideologiebeladene Diskussion über die Rollenteilung in Ehe und Familie wurde verstärkt und Auseinandersetzungen wie Diskussionen über ein Modell staatlicher Familienpolitik begannen. Gleichzeitig wuchs das Wissen von frauenpolitischen Milieus über den Kerngehalt ihrer Rechte. Es entstanden meinungsbildende Frauenorganisationen und eine politische Frauenlobby. Die politischen Entscheidungsträger mit ihrem patriarchalen Weltbild, die unter dem Druck stehen, die polnische Gesetzgebung an die Normen der Europäischen Union anzupassen, bewegten sich sukzessive hin zu einem Verständnis des Wesens des Konzepts "Gleichstellung von Frau und Mann".

In meinem Vortrag konzentriere ich mich auf jene Aspekte, die die größte Bedeutung bei der Formung des formalen und faktischen Status' polnischer Frauen haben und zwar in der Familie, auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter im polnischen Recht

These 1: Die Verfassung der Republik Polen garantiert Frauen und Männern gleiche Rechte. Allerdings haben einige Regelungen in speziellen Bereichen der Sozialgesetzgebung keinen egalitären Charakter. Auch gibt es kein Gesetz, das das Prinzip des gleichen Status' definieren würde. Es fehlt ein Verfahrensrecht, das es Frauen ermöglichen würden, im Falle einer Diskriminierung zu ihrem Recht zu kommen.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männer garantiert Artikel 33 der polnischen Verfassung: 1. Frau und Mann haben in der Republik Polen gleiche Rechte in der Familie und im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. 2. Frau und Mann haben insbesondere das gleiche Recht auf Ausbildung, Beschäftigung und beruflichen Aufstieg, auf gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit, auf soziale Sicherung sowie auf Ausübung von Ämtern, Erfüllung von Funktionen und auf Erhalt öffentlicher Würden und Auszeichnungen.

Das 1996 novellierte Arbeitsgesetz regelte zum ersten Mal Fragen der Gleichbehandlung von Frau und Mann im Bereich der Erwerbsarbeit. Gemäß dem Artikel 11, Abschnitte 1 – 3 ist "der Arbeitgeber verpflichtet, die Würde und andere persönliche Güter des Arbeitnehmers zu schützen." – "Arbeitnehmerinnen haben gleiche Rechte, die sich aus der Ausübung gleicher Pflichten ergeben; das betrifft insbesondere die Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei Beschäftigung". Seit 2002 ist im Arbeitsgesetzbuch das Diskriminierungsverbot konkretisiert: nun ist direkte und indirekte Diskriminierung unzulässig (1).

Das Arbeitsgesetzbuch enthält dabei keine Prozeduren, die es erlauben würden, im Falle von Diskriminierung oder ungleicher Behandlung im Arbeitsverhältnis Ansprüche geltend zu machen. Es enthält keine Garantien über gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Der beschränkte Zugang für Frauen zu einigen Berufen ist inkompatibel mit internationalen Standards (2). So sind zum Beispiel schwere körperliche Arbeiten, Arbeit unter Tage und in großer Höhe verboten.

Die Rechte der Frauen im Zusammenhang mit Mutterschaft entsprechen hingegen internationalen Standards. Das gilt insbesondere für die Arbeit schwangerer Frauen, den Mutterschutzurlaub von 16 Wochen, der 100%-igen Lohnfortzahlung und der Arbeitsplatzgarantie. Nicht "gleichstellungskonform" ist aber die Konstruktion der Vorschriften über den Erziehungsurlaub. Die 1996 novellierten Vorschriften gestehen zwar beiden Elternteilen dieses Recht zu, freilich ist in den Absätzen 1-20 nur von der Arbeitnehmerin die Rede, erst in Absatz 21 heißt es, dass "die Vorschriften der Absätze 1 – 20 auch auf Arbeitnehmer angewendet [werden]".

Im Arbeitsgesetzbuch gibt es keine Vorschrift, die sich *expressis verbis* auf sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz beziehen würde. In solchen Fällen werden die zitierten Vorschriften aus Artikel 11 und

solche aus dem Zivilgesetzbuch angewendet, die den Schutz der Würde und der persönlichen Güter betreffen (Art. 23 und 24). Tatsächlich ziehen Frauen nur sehr selten Nutzen aus diesen Rechten. Das Bewusstsein über das Wesen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ist immer noch niedrig und Umfragen zeigen, dass es in Polen sehr häufig zu Verwechslungen kommt: die Begriffe "Flirt" oder "Romanze" und "sexuelle Belästigung" werden als identisch und austauschbar angesehen (3). Das Zentrum für Frauenrechte weist darauf hin, dass es sehr schwierig ist, eine sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz tatsächlich zu beweisen. Fast alle Gerichtsfälle, die mit Hilfe des Zentrums für Frauenrechte angestrengt wurden, endeten mit einem Misserfolg oder mit dem Rückzug der betroffenen Frau bei der Beweisaufnahme. Zudem wurden diese Fälle von den Vertretern der Justiz nur mit "großem Misstrauen und unverhohlenem Widerwillen gegenüber den Opfern"(4) behandelt.

Ebenfalls nicht beachtet wurde das Prinzip der Gleichheit der Geschlechter bei den Vorschriften zum Rentenalter. Es beträgt 65 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen. Frauen zahlen also fünf Jahre weniger Beiträge. Die Berechnungsgrundlagen ihrer Renten sind viel niedriger, denn zum Einen verdienen sie weniger, und zum anderen fehlen ihnen Beitragszeiten, z. B. auf Grund von Erziehungsurlaub. Schlussendlich sind die Frauenrenten etwa 30% niedriger als die der Männer(5).

Im polnischen Recht fehlen Prozeduren und Vorschriften, mit denen Frauen gegen ihre Diskriminierung bei Bewerbung und Anstellung klagen könnten. Diese Praktiken sind weit verbreitet. In einer solchen Situation kann man sich einzig und allein auf Verfassungsvorschriften berufen, doch ist dies sehr schwierig, denn in diesem Bereich gibt es noch kaum eine Rechtsprechung und viele Richter und Richterinnen vermögen Verfassungsvorschriften nicht unmittelbar anzuwenden.

Die Rechtslage und die Rechtspraxis beim Zugang zu Verhütungsmitteln und –methoden widerspricht internationalen Standards. Darunter fällt auch die (fehlende) Möglichkeit, eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen zu lassen.

Das Strafgesetzbuch kennt einen eigenen Straftatbestand der "Misshandlung von Familienangehörigen" und sieht für den Täter, der "psychisch oder physisch misshandelt ... eine Freiheitsstrafe von 3 bis 5 Jahren" vor (Art. 207 StGB)(6). Zwischen dem Buchstaben des Gesetzes und dem Recht in der Praxis klafft jedoch eine große Lücke. Die Strafverfolgungsbehörden nehmen Fälle familiärer Misshandlung nur selten so ernst wie andere Verbrechen. "Das Vorgehen von Polizisten, Staatsanwälten und Richtern spiegelt häufig die allgemein verbreiteten Stereotypen über Familien sowie soziale Frauen- und Männerrollen wider. Beim Kontakt mit Polizei und Justiz kommt es bei den Opfern häufig zu einer sekundären Viktimisierung und zur Verletzung elementarer Menschenrechte bei Frauen"(7).

Sind Rollen in Haus und Familie ein Maßstab für den Status von Frauen?

These 2: Die polnische Tradition verortet die Frau vor allem in der Familie. Die komplizierte Geschichte Polens schuf den Frauenmythos der "Matka Polka" – der Mutter Polin, die ein Symbol von Kraft und Aufopferung ist und die häufig auf eigene Träume und Aspirationen im Namen "höherer Güter" verzichtet, seien es die Bedürfnisse von Sippe, Ehemann, Kindern oder der Nation und des Vaterlandes. Das Vorhandensein dieses Mythos im Bewusstsein der polnischen Gesellschaft schafft die Überzeugung von einer starken Stellung der Frauen in der Familie, es stärkt die stereotype Rollenteilung zwischen Frauen und Männern und es rechtfertigt die Abwesenheit von Frauen im öffentlichen Leben.

Doch ist die Stellung der Frau in der polnischen Familie ungewöhnlich differenziert. Die harte Arbeit für Haus, Mann, Kinder und die Verantwortung für das Funktionieren des Alltags, staniowiaca o "eines geordneten Familienlebens", wird als natürliche Pflicht der Frau behandelt, und Männer überlassen dieses Territorium gerne der Herrschaft der Frauen. Doch das ist nicht gleichbedeutend damit, dass den Frauen eine dominierende Rolle in Haus und Familie zugestanden wird. In Polen ist das traditionelle Ehe-Modell weit verbreitet, das für das Überleben der patriarchalischen Familie verantwortlich ist.

Unter den von den Polen bevorzugten Ehe-Mustern konkurrieren zwei unterschiedliche Modelle miteinander: das traditionelle und das partnerschaftliche. Im traditionellen Modell fällt der Frau die Rolle der Ehefrau, Mutter und Hausfrau zu und der Mann ist für den ökonomischen Unterhalt der Familie verantwortlich. Im partnerschaftlichen Modell teilen die Ehegatten familiäre und berufliche

Pflichten. 1997 hatten beide Modelle eine etwa gleich große Anhängerschaft: 38% sprachen sich für das traditionelle, 37% für das partnerschaftliche Modell aus. Im Jahr 2000 war die Unterstützung für das traditionelle Modell etwas gewachsen, nämlich auf 42% im Vergleich zu 38% für das partnerschaftliche Modell. Man kann sagen, dass es zu einer Polarisierung der Einstellungen in dieser Frage kommt. AnhängerInnen eines "gemischten Modells"(8) neigen im Verlauf der Zeit öfter dem traditionellen Modell zu. Die durch Tradition geheiligte Rollenteilung in der Ehe heißen mehr Männer (47%) als Frauen (38%) gut, das partnerschaftliche Modell bevorzugen mehr Frauen (42%) als Männer (33%)(9).

Die Ergebnisse vieler soziologischer Studien zeigen, dass Partnerschaft in der polnischen Familie einen mehr theoretischen als praktischen Charakter hat. Frauen in Polen widmeten 1994 im Durchschnitt 4 Stunden und 30 Minuten der Hausarbeit, Männer hingegen ganze 53 Minuten. Eine CBOS-Umfrage aus dem Jahr 1997 (10) zeigt, dass auf den Schultern der Frauen die überwiegende Mehrheit der Hausarbeit lastet, wie Putzen, Kochen, Wäsche waschen, Abwaschen, Betreuung Kranker und Behinderter sowie Hilfe bei den Hausaufgaben. Der Arbeitsanteil der Männer liegt lediglich beim Heizen sowie bei der Vergabe von Reparatur- und ähnlichen Aufträgen höher. Im Vergleich zu früheren Jahren werden die Frauen bei der Hausarbeit aber häufiger von ihren Ehemännern und älteren Kindern unterstützt bzw. helfen diese aus. Häufiger als um Hausarbeit kümmern sich die Männer um die Kinderbetreuung. Sowohl die Daten des Statistischen Hauptamtes [Główny Urząd Statystyczny] als auch die der Polnischen Gesellschaft für Hauswirtschaft [Polskie Towarzystwo Ekonomiki Gospodarstwa Domowego] zeigen(11), dass der Anteil der Väter an der Kinderbetreuung etwa 40% beträgt. Aus Untersuchungen über Familien mit kleinen Kindern geht hervor, dass Väter, nach den Müttern, die häufigsten täglichen Betreuungspersonen in der Familie sind. Und "obwohl die Kinderbetreuungszeit nur halb so lang war wie die der Mütter (durchschnittlich drei verglichen mit sechs Stunden bei den Müttern), so hat das Wahrnehmen der Betreuungspflichten doch keine nur symbolische Bedeutung mehr"(12).

Frauen auf dem Arbeitsmarkt

These 3: Für die Mehrheit der Frauen in Polen stellt Berufstätigkeit ein natürliches Element ihrer Lebensbiographie dar. Obwohl Frauen besser ausgebildet sind als Männer(13), sind sie auf dem Arbeitsmarkt schlechter gestellt. Sie finden vor allem in sog. "Frauensektoren" Beschäftigung, ihre Arbeit wird schlechter bezahlt und sie sind häufiger langzeitarbeitslos.

Statistiken zeigen, dass der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen in Polen etwa im europäischen Durchschnitt liegt. Im Vergleich zu den Ländern der Europäischen Union gibt es doch einen wesentlichen Unterschied – polnische Frauen arbeiten in der überwiegenden Mehrheit Vollzeit (zu etwa 90%). In den Umfragen von CBOS aus dem Jahr 1996 (14) drückte die überwältigende Mehrheit der Frauen – 84% - Zufriedenheit über ihre Arbeit aus, und über die Hälfte – 58% - erklärte, sie würde selbst dann nicht aufhören zu arbeiten, wenn ihr Mann genug für ein angemessenes Auskommen der Familie verdienen würde. In einer weiteren Studie war eine große Mehrheit – 71% - auch der Meinung (15), dass Erwerbsarbeit gesellschaftlich mehr "adelt", als sich ausschließlich dem Haushalt und der Familie zu widmen.

Frauen sind hauptsächlich in den Dienstleistungssektoren beschäftigt, die, außer dem Handel, zum öffentlichen Sektor gehören. Diese zeichnen sich durch niedrige Löhne aus und sind auch am stärksten von der Krise der öffentlichen Finanzen betroffen. Frauen arbeiten hauptsächlich im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Handel und in der Sozialhilfe. Der Männeranteil an der Beschäftigung in diesen Bereichen ist vier Mal niedriger.

Auch unter den Bedingungen Arbeitslosigkeit haben Frauen eine schlechtere Position inne. Ende März 2002 waren 3,26 Mio. Menschen bei den Arbeitsämtern erwerbslos gemeldet, die Arbeitslosenquote betrug 18.1%. 51.4% aller Erwerbslosen waren Frauen. Diese zeichnen sich durch bessere Ausbildungen gegenüber den arbeitslosen Männern aus. 39.1% dieser Frauen haben nämlich eine mittlere oder höhere Bildung abgeschlossen, bei den Männer sind es nur 21.5%. Doch Langzeitarbeitslosigkeit betrifft Frauen häufiger. 57.3% der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Frauen suchten Ende März 2002 schon länger als 12 Monate eine Beschäftigung.(16)

Frauenarbeit wird schlechter bezahlt. Nach Daten des Statistischen Hauptamtes beträgt der Frauenanteil in der höchsten Einkommensgruppe nur 20%. Unter den Beschäftigten, die weniger als

das Landesdurchschnittseinkommen verdienen, befinden sich aber 76% Frauen. In der Industrie liegen die Frauenlöhne durchschnittlich 40% unter denen der Männer.

Frauen in der Welt der Politik

These 4: Eine ausgeglichene Beteiligung von Frauen in Männern in den politischen Strukturen in Polen ist nicht einmal ein Thema der öffentlichen Debatte. Die politischen Entscheidungspositionen bleiben eine Domäne der Männer. Weder die Wahlverfahren oder das Wahlverhalten noch der Bewusstseinsstand der polnischen Gesellschaft geben Anlass zu Optimismus. Die Geschlechterdemokratie ("*parité*") erscheint als weit entfernte Perspektive.

1919 erhielten die polnischen Frauen das aktive und passive Wahlrecht. In der Zwischenkriegszeit war ihr Anteil in politischen Entscheidungsgremien aber minimal. Ihr Anteil betrug 2% im Sejm, der ersten Parlamentskammer, und 5% im Senat, der zweiten Kammer.

In der Volksrepublik Polen lag die parlamentarische Repräsentation von Frauen höher, überschritt jedoch nie 25%. Von vornherein festgelegte Prinzipien der Kandidatenauswahl bestimmten den Frauenanteil im kommunistischen Parlament. Die Partizipation von Frauen hatte lediglich formalen Charakter und sollte ihre fehlende Diskriminierung beweisen. In den obersten Parteigremien waren Frauen aber selten und die kommunistischen Regierungen waren zu 100% männlich.

Nach 1989 sank die Partizipation von Frauen in politischen Institutionen nochmals. Ihr Anteil in den bisherigen Legislaturperioden betrug 13%, 10%, 13%, 13% im Parlament und stieg 2001 auf 20% an. Keine polnische Partei, egal welcher Ausrichtung, wendet eine Quotenregelung an, die eine ausgewogene politische Beteiligung beider Geschlechter fördern würde (vgl. Kommentar). Im Jahr 1997 stellten Frauen nur 16% aller Kandidierenden für den Sejm. Darüber hinaus wurde eine beträchtliche Anzahl Kandidatinnen von den Parteien auf den hinteren Listenplätzen nominiert, wodurch ihre Chancen auf Einzug ins Parlament verschwindend gering waren. Auf dem ersten Zehntel der Wahllisten aller Parteien fanden sich 10 Frauen auf 90 Männer, und von denen waren vier Kandidatinnen der postkommunistischen SLD (vgl. Kommentar).

Die Vertretung der Frauen in der Exekutive bleibt ebenfalls gering. In der jetzigen Regierung gibt es nur eine Frau, die Bildungsministerin. In der letzten Regierung waren immerhin zwei vertreten – die Kultur- und die Justizministerin. Es war ein Erfolg, als 1993/94 zum ersten Mal in der Geschichte Polens eine Frau das Amt der Premierministerin übernahm. Doch Hanna Suchocka war keine gleichstellungsfreundliche Regierungschefin. Sie hielt es nicht einmal für nötig, eine (neue) Regierungsbeauftragte für Frauen und Familie zu berufen.

Neben fehlenden Quotenregelungen [fehlenden geschlechterdemokratischen Regeln] im polnischen Wahlsystem sind auch andere Faktoren für den niedrigen Frauenanteil in politischen Entscheidungspositionen verantwortlich: So fehlt die gesellschaftliche Akzeptanz für das Rollenmuster Politikerin. Das Bewusstsein über die zentrale Bedeutung einer ausgewogenen Geschlechtervertretung in Entscheidungsprozessen für die Umsetzung des Prinzips der Gleichstellung von Frau und Mann ist niedrig, die Darstellung von Frauen in Wahlkampagnen problematisch. Frauen werden nur ungenügend für die Aufgaben als Entscheidungsträgerinnen geschult. Schließlich bereitet die Sozialisation Frauen immer noch auf die Übernahme von dienenden, ausführenden und passiven Rollen vor.

Zum Schluss möchte ich auf das Übergewicht von Emotionen und Ideologien hinweisen, das die Diskussionen um die Gleichstellung von Frau und Mann in Polen immer begleitet. So gut wie jeder Veränderungsvorschlag wird als Angriff auf die Familie und die polnische Tradition definiert. Die politischen Entscheidungsträger mit ihrer patriarchalen Vorstellungswelt scheinen ihre Privilegien auf allen Ebenen wirksam schützen zu können – in der Privatsphäre, in der Arbeitswelt und in der Öffentlichkeit. Dies ist möglich aufgrund eines niedrigen Wissens- und Bewusstseinsstandes der polnischen Frauen, was das Wesen der Geschlechterdiskriminierung betrifft. Und es liegt am Unwissen über jene Verfahren, mit denen Frau das eigene Recht auch einfordern kann.

[Kommentar der Übersetzerin]

Im Zuge der Parlamentswahlen 2001 führten drei eher linksgerichtete Parteien auf Druck der weiblichen Parteimitglieder und unter dem Eindruck einer überparteilichen "Frauen-Wahlkoalition" (Przedwyborcza Koalicja Kobiet) Quoten für ihre Wahllisten von 30% fest (Oska-Kalendarium 6/2001: 17-21) – es sind dies der SLD, die Union der Arbeit und die Freiheitsunion, die nicht mehr im Parlament vertreten ist. 2001 wollte das Volk offensichtlich mehr Frauen, denn es wurden durchweg mehr Frauen gewählt, als auf den ersten fünf (aussichtsreichen) Listenplätzen nominiert worden waren.

Aus dem Polnischen von Gesine Fuchs, Basel

Anmerkungen:

- 1) Kodeks Pracy [Arbeitsgesetzbuch], Wydawnictwo C. H. Beck, Warszawa 2002, S. 6.
- 2) Rozporządzenie Rady Ministrów z 10 września 1996r. Dz. U.96 114 545 [Verordnung des Ministerrats vom 10. September 1996].
- 3) Urszula Nowakowska, Anna Swedrowska: Kobiety na rynku pracy [Frauen auf dem Arbeitsmarkt], in: Kobiety w Polsce w latach 90ych [Frauen in Polen in den neunziger Jahren], Warszawa 2000.
- 4) Ebd., S. 60.
- 5) Aleksandra Wiktorow: Polityka społeczna państwa wobec kobiet [Staatliche Sozialpolitik gegenüber Frauen], Biuletyn OSKA, Juni 2000.
- 6) Kodeks Karny, zestawienie porównawcze 1969 – 1997 [Strafgesetzbuch, vergleichende Gegenüberstellung 1969 – 1997] Warszawa, Sopot 1998, Wydawnictwo Lex.
- 7) Urszula Nowakowska, Magdalena Jablonska: Przemoc wobec kobiet [Gewalt gegen Frauen], in: Kobiety w Polsce w latach 90 [Frauen in Polen in den neunziger Jahren], Warszawa 2000, S.161.
- 8) Darunter versteht man die Erwerbsarbeit beider Ehegatten, bei der sich der Mann an beruflicher Karriere orientiert, die Frau hingegen berufliche und familiäre Pflichten verbindet. Für dieses Modell ist die 1992 in einer Forschungsarbeit geäußerte Meinung polnischer Väter charakteristisch: "Die Erwerbsarbeit der Ehefrau soll den normalen Funktionsrhythmus der Familie nicht stören ... im Vordergrund stehen die Interessen der Kinder ... die Kinderbetreuung muss gesichert sein und die Kinder müssen "gepflegt" sein .. wenn ich abends nach Hause kommen, erwarte ich ein geordnetes Familienleben." (Vgl. Firlit-Fesnak, Grazyna: Rodzina polska w warunkach zmiany systemowej na tle krajów europejskich (raport z badan) [Die polnische Familie unter den Bedingungen der Systemtransformation vor dem Hintergrund europäischer Länder - Forschungsbericht]. - Warszawa: Dom Wydawniczy Elipsa, 1996).
- 9) Aktualne problemy i wydarzenia [Aktuelle Probleme und Ereignisse], Juni 2000, Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS).
- 10) Kobiety o podziale obowiązków domowych w rodzinie [Frauen über die Teilung von Haushaltspflichten in der Familie]. Warszawa 1997 [BS 16/17/97].
- 11) Sytuacja społeczno-zawodowa kobiet w 1994r. Informacje i opracowania statystyczne [Die soziale und berufliche Situation von Frauen im Jahr 1994. Statistische Informationen und Analysen]. Warszawa: GUS 1994 und Kalkhoff 1995, vgl. Fußnote
- 12) Firlit-Fesnak 1996, vgl. Fußnote 8.
- 13) Die Daten betreffen die Ausbildungsstrukturen.
- 14) Aspiracje zawodowe a życie rodzinne [Berufliche Pläne und Familienleben]. - Warszawa, 1997 (BS 12/12/1997).
- 15) Kalkhoff, B.: Raport z badan na temat organizacji i podziału pracy w miejskich gospodarstwach domowych w okresie przechodzenia do gospodarki rynkowej [Forschungsbericht zu Organisation und Arbeitsteilung in städtischen Haushalten während des Übergangs zur Marktwirtschaft], Warszawa 1995.
- 16) Bezrobocie rejestrowane I kwartał 2002r, Informacje i opracowania statystyczne [Registrierte Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 2002. Statistische Informationen und Analysen], GUS Warszawa 2002.